



MENSCHENRECHTE MÜSSEN FÜR ALLE GELTEN

Mahnwache am Freitag, 09.12.2016 von 15 bis 17 Uhr vor dem Integrationsministerium, Kaiser-Friedrich-Straße, Mainz

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte (10. Dezember) stehen wir ein für die umfassenden Rechte aller Menschen auf der Flucht.

Wir fordern Gerechtigkeit und Humanität für alle. Dies zu garantieren ist Aufgabe des Staates und seiner Organe.

Wir beklagen, dass ganze Gruppen von Flüchtlingen von Grund- und Menschenrechten ausgeschlossen werden. Die Liste der „sicheren Herkunftsländer“ wird immer länger, doch leben Menschen in diesen Ländern in Gefahr.

Wer nun behauptet, dass auch Teile Afghanistans sicher seien und abgelehnte Flüchtlinge dorthin zurückkehren könnten, verletzt die Menschenrechte.

Wir stellen fest: Auch Menschen aus den so genannten sicheren Herkunftsländern haben ein Recht auf die Wahrung der Menschenrechte, auf faire Asylverfahren und Prüfung humanitärer Abschiebehindernisse durch die rheinland-pfälzischen Behörden.

Wir sagen: Das stimmt nicht - kein Mensch ist im von Krieg und von Terror geprägtem Afghanistan sicher.

Selbst das BAMF entschied in den von Januar bis Oktober 2016 entschiedenen Verfahren von afghanischen Flüchtlingen bei 62,6 % auf Zuerkennung des Flüchtlingsschutzes und Verbote der Abschiebung. Afghanistan gehört damit zu den Ländern mit hoher Anerkennungschance. Menschen aus Afghanistan sollen von den Behörden zu einer „freiwilligen“ Rückkehr gezwungen werden. Der Ausreisedruck steigt dadurch erheblich.

Zu lange Wartezeiten in den Asylverfahren, die Ungleichbehandlung und Diskriminierung, der Ausschluss von Bildung und Integration zermürben viele Flüchtlinge und begrenzen sie in der Wahrnehmung ihrer grundlegenden Menschenrechte.

Wir fordern von den Regierungen im Bund und in Rheinland-Pfalz:

- Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Bleiberecht für alle Afghanen!
- Kein Ausreisedruck seitens der Behörden auf noch nicht anerkannte und abgelehnte Flüchtlinge unter dem Deckmantel der freiwilligen Ausreise
- Achtung der Menschenrechte insbesondere bei Ausreisepflichtigen aus den so genannten sicheren Herkunftsstaaten
- Schule für alle – das Grundrecht auf Bildung muss für alle Flüchtlinge von Anfang an gelten

Vi.S.d.P:



Arbeitskreis Asyl RLP
Kurhausstraße 8
55543 Bad Kreuznach

Unterstützt durch:



Flüchtlingsrat Mainz



Initiativausschuss für
MIGRATIONSPOLITIK